

Solarpark auf gutem Acker



In diesem Bereich zwischen Thann (links) und Sollern soll auf 7,5 Hektar der Solarpark Sollern entstehen. Foto: PS

Petershausen – Neben einer Potentialanalyse Windkraft (wir berichteten) hat die Gemeinde auch eine Studie zu Freiflächen-Solaranlagen (FPV) in Auftrag gegeben. In diesem Bereich ist der Handlungsbedarf nicht akut, da FPV im Bau-recht nicht privilegiert sind, für jedes Vorhaben also ein Bebauungsplanverfah-ren nötig ist. Dennoch will der Gemeinderat mit einem Kriterienkatalog ge-wappnet sein, da nach und nach Projektanträge für FPV im Rathaus eingehen.

Für den Solarpark Lindach läuft bekanntlich bereits ein Bebauungsplanver-fahren. Das hatte der Gemeinderat damals einstimmig befürwortet. Mit dem Antrag für einen „Solarpark Sollern“ lag noch in der Ratssitzung ein weiteres Vorhaben auf dem Tisch. Und führte zu Diskussionen.

Potentialanalyse legt Kriterien von Solaranlagen fest

Die Potentialanalyse FPV legt, analog zur Studie für Windkraftanlagen, kon-krete Kriterien fest, wo Solarparks im Gemeindegebiet zulässig sein sollen. Dabei sind Mindestabstände im Vergleich zu Windrädern deutlich geringer, weil Solarmodule keinen Lärm erzeugen. Als Schutz vor Blendwirkung werden 200 Meter Distanz zu Wohnsiedlungen vorgegeben, zu Gewerbeflächen ist keine Schutzzone nötig. „Es bleibt deutlich mehr Fläche übrig, als bei Wind-kraft“, so Planer Eckhard Emmel.

Zusätzlich wurde, wie von den Gemeinderäten gewünscht, in die FPV-Potenti-alkarte die Ertragsfähigkeit der Ackerböden als Information hinterlegt. Ohne Debatte wurden Studie und Kriterienkatalog einstimmig beschlossen.

Doch keine fünf Minuten später zeigte sich, dass noch nicht alle Fragen ge-klärt sind. Da lag nämlich der Antrag für den Solarpark Sollern auf dem Tisch. Konkret möchte ein Investor unterhalb der Ortsverbindungsstraße zwischen

Sollern und Thann (Gemeinde Jetzendorf) auf 7,5 Hektar einen Solarpark errichten. Laut Potentialanalyse ein geeignetes Areal, allerdings mit gutem Ackerboden. „Wenn wir dort Freiflächen-Photovoltaik genehmigen, ist unsere Planung Makulatur“, kritisierte Gerhard Weber (CSU). Hintergrund dieser Argumentation: Gute Ackerflächen sollten der Lebensmittelerzeugung vorbehalten bleiben. Zur Ertragsfähigkeit des Bodens werde sowieso das Amt für Landwirtschaft Stellung nehmen, meinte dagegen Wolfgang Stadler (SPD). Der Gemeinderat sei frei in der Entscheidung, erläuterte der Bürgermeister. Da Photovoltaik im Baurecht nicht privilegiert ist, wird immer ein Bebauungsplanverfahren nötig. „Wir können es ermöglichen, oder nicht“, so Fath.

Gleich beim ersten Projekt nach Verabschiedung des Kriterienkatalogs auf einen guten Ackerboden gehen?, fragte Stefan Ebner (CSU). Es gebe genügend andere, weniger ertragreiche Flächen in Petershausen.

Auch der Solarpark Lindach, für den bereits ein Genehmigungsverfahren läuft, ist auf ertragreichem Acker geplant. Allerdings war Planungsbeginn vor der Potentialanalyse. Zudem werden Flächen mit gutem Bodenertrag in der Studie nicht ausgeschlossen, vielmehr einer Einzelfallbetrachtung unterworfen. Karina Hechtel (FW) regte an, den Kriterienkatalog zu präzisieren. Eine Gesamtfläche an Solarparks für die Gemeinde müsse festgelegt werden, „wenn noch mehr Anträge kommen“, forderte Margarete Scherbaum (FW). Problematisch findet so ein Limit dagegen Alexander Heisler (Grüne). „Denn wir wissen heute nicht, wie viel Energie wir brauchen werden.“

Zwiespalt im Gremium

Werden auf ertragreichen Böden tatsächlich Lebensmittel angebaut?, fragte Susanne Strauß (Grüne). Dort wachsen im Gemeindebereich meist Pflanzen als Futtermittel oder zur Energiegewinnung in Biogasanlagen, informierte der Rathauschef. „Solange wir keinen Quadratmeter Freiflächen-Photovoltaik in der Gemeinde haben, sehe ich keinen Grund, dagegen zu sein“, erklärte Strauß.

Fazit der Debatte: „Zwei Klausuren haben offenbar immer noch nicht gereicht“, sagte der Bürgermeister. Der Zwiespalt im Gremium spiegelte sich im Beschluss: Für den Solarpark Sollern wird nun ein Bebauungsplan aufgestellt, das entschied eine Mehrheit im Rat. Sechs Nein-Stimmen kamen von der CSU-Fraktion und Karina Hechtel (FW). PETRA SCHAFFLIK